

N I E D E R S C H R I F T

über die 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Tag: 17. Juni 2011

Dauer: 19:50 Uhr bis 22:45 Uhr

Ort: Bürgerhaus im Stadtteil Hausen

Anwesend: **von der Stadtverordnetenversammlung:**

Stadtverordnetenvorsteher Jakob Ernst Kandel (bis TOP 13)
StV Matthias Jung (bis TOP 13)
StV Nohman Nohman (bis TOP 13)
StV Sonya Can (bis TOP 13)
StV Michael Lemcke (bis TOP 13)
StV Horst Schlesinger (bis TOP 13)
StV Bodo Marsteller (bis TOP 13)
StV Reiner Leidich (bis TOP 13)
StV Jörg Buß (bis TOP 13)
StV Thilo Harnisch (bis TOP 13)
StV Ulrich Engel (bis TOP 13)
StV Michael Wagner (bis TOP 13)
StV Samun Bulut (bis TOP 13)
StV Horst Biadala
StV Klaus-Dieter Gimbel (ab TOP 3)
StV Dr. Ernst-Ulrich Huster
StV Hans Happel
StV Peter Alexander
StV Karl-Rainer Philipp
StV Wilken Gräf
StV Sabine Jordan
StV Ann-Kristin Briegel
StV Bernd Felde
StV Iris Kastner
StV Tobias Maschmann
StV Dominic Tamme
StV Hiltrud Hofmann
StV Eckart Hafemann
StV Geronimo Sanchez Miguel
StV Jutta Boos
StV Sven Stoffer
StV Fabian Schäfer
StV Andreas Schuch (bis TOP 13)
StV Ewald Seidler (bis TOP 13)
StV Klaus Sommer (bis TOP 13)

Entschuldigt: StV Hartmut Lutz
StV Ulrich Sann

vom Magistrat:

Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer
Erste Stadträtin Anja-Sames Postel
Stadträtin Gundhild Kurreck
Stadtrat Reinhard Peter (bis TOP 15)
Stadtrat Arno Schäfer
Stadträtin Sabine Scheele-Brenne
Stadtrat Tobias Slenczek
Stadtrat Udo Schöffmann
Stadtrat Reimar Stenzel

Entschuldigt: Stadträtin Annelie Müller
Stadträtin Kristiane Neuhoff

von der Verwaltung:

Thomas Telling

Schriftführer: Carsten Nowak

TAGESORDNUNG:

- TOP 1 Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Niederschrift vom 20. Mai 2011
- TOP 3 Wahl der Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
STV-DS-Nr. 11/033
- TOP 4 Wahl der Vertreterinnen und Vertreter sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Stadt Pohlheim in die Gremien;
1. Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hallenbad Pohlheim
2. Wahl einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hallenbad Pohlheim
SV-DS-Nr. 11/034
- TOP 5 Bebauungsplan Nr. 11.4 "Oberweg IV" im Stadtteil Watzenborn-Steinberg;
5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan
5.2 Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
5.3 Satzungsbeschluss gemäß § 81 HBO
STV-DS-Nr. 11/025
- TOP 6 Antrag auf Erstellung eines Bebauungsplanes im Stadtteil Holzheim
STV-DS-Nr. 11/026

- TOP 7 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2011 betr. verkehrsentlastende Maßnahmen für den Stadtteil Watzenborn-Steinberg
STV-DS-Nr. 402 u. 11/032
- TOP 8 Beratung und Beschlussfassung über die 5. Änderung der Hundesteuersatzung
STV-DS-Nr. 11/024
- TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 31.05.2011 betr. Einrichtung eines Marktes in Pohlheim
STV-DS-Nr. 11/029
- TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 20.05.2011 betr. Wiedereinführung der Fraktionszuwendung
STV-DS-Nr. 11/030
- TOP 11 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.05.2011 betr. flächendeckender Breitbandausbau Pohlheim
STV-DS-Nr. 11/031
- TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW, Eingang am 6.06.2011, betr. Fortführung der AG Newsletter
STV-DS-Nr. 11/035
- TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2011 betr. Überarbeitung der Straßenbeitragssatzung
STV-DS-Nr. 11/036
- TOP 14 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 betr. Gerichtsverfahren „Freiwilliger Polizeidienst“
STV-DS-Nr. 11/027
- TOP 15 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 betr. Gerichtsverfahren „2. Kindergartengruppe der Lebenshilfe in Garbenteich“
STV-DS-Nr. 11/028
- TOP 16 Mitteilungen
- TOP 17 Anfragen

TOP 1 Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Kandel eröffnet die Sitzung und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Stadtverordneten, die Magistratsmitglieder, die Zuhörer und die Presse. Besonders begrüßt er den Ehrenbürger der Stadt Pohlheim, Herrn Werner Briegel.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel teilt mit, dass die FW-Fraktion zwei Dringlichkeitsanträge eingereicht habe und darum bitte, diese auf die Tagesordnung zu nehmen.

Dringlichkeitsantrag 1:

„Der Bürgermeister möge berichten:

Was sind die Hintergründe bzw. worin liegt die Notwendigkeit zum jetzigen Zeitpunkt (23. Woche) das Abmähen von circa 6.000 m² noch nicht erntereifen Weizens auf der geplanten Ausgleichsfläche der Stadt Pohlheim "Altstädter Bach" durchzuführen.

Wir bitten um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Von wem wurde das Abmähen angeordnet?
- 2.) Wer hat die Verhandlungen mit dem Pächter geführt?
- 3.) Hat der Pächter der Mähaktion zugestimmt?
- 4.) Wurde der Pächter unter Druck gesetzt?
- 5.) Werden die Flächen für dringende Maßnahmen benötigt?
- 6.) Welche Maßnahmen sind dies?
- 7.) Gab es andere Gründe für das Abmähen zur Unzeit?
- 8.) Hätten diese Maßnahmen nicht auch nach der normalen Ernte, im August durchgeführt werden können?
- 9.) Trifft es zu, dass das Planungsbüro Stehn-Nix die Notwendigkeit der Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt begründet hat?“

StV Seidler begründet den Antrag.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über die Aufnahme des vorstehenden Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung wie folgt abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen
31 Ja-Stimmen (13 CDU, 11 SPD, 4 Grüne, 3 FW)
1 Nein-Stimme (1 Grüne)
1 Enthaltung (1 FDP)

StV Sommer beantragt, die Reihenfolge der Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass der Dringlichkeitsantrag Nr. 1 als TOP 3 behandelt wird.

Stadtverordnetenvorsteher lässt hierüber wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen
19 Ja-Stimmen (13 CDU, 2 Grüne, 3 FW, 1 FDP)
11 Nein-Stimmen (11 SPD)
3 Enthaltungen (3 Grüne)

Dringlichkeitsantrag 2:

„Der Bürgermeister möge in der Sitzung am 17.06.2011 berichten:

Warum wurde in keinen parlamentarischen Gremien über die Umbaupläne in der Sporthalle Holzheim zu Gunsten der HSG Pohlheim informiert und beraten?

Weiter bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Welche Maßnahmen werden dort im einzelnen durchgeführt?
- 2.) Wer trägt die Kosten für diese Maßnahmen?

- 3.) Aus welchen Gründen hat die Stadtverwaltung diese Maßnahmen befürwortet?
- 4.) Welche Auswirkungen hat das auf zukünftige Vermietungen?
- 5.) Sind die Halle und der Grüne Salon weiterhin durch Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine nutzbar?
- 6.) Was geschieht mit dem Küchen- und Thekenbereich?“

StV Sommer begründet den Antrag.

Bürgermeister Schäfer gibt im Namen des Wahlleiters der Stadt Pohlheim bekannt, dass an die Stelle des Stadtverordneten Ralf Schwellnus, der sein Mandat niedergelegt habe, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften vom Wahlergebnis der SPD Frau Ann-Kristin Briegel als Stadtverordnete nachrücke.

Er begrüßt Frau Briegel und bitte sie, in den Reihen der Stadtverordneten Platz zu nehmen.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel begrüßt Frau Briegel ebenfalls und wünscht gute Zusammenarbeit.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über die Aufnahme des vorstehenden Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung wie folgt abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen
 32 Ja-Stimmen (13 CDU, 11 SPD, 5 Grüne, 3 FW)
 2 Enthaltungen (1 SPD, 1 FDP)

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung dahingehend abstimmen, dass der Dringlichkeitsantrag Nr. 2 als TOP 4 behandelt wird.

Stadtverordnetenvorsteher lässt hierüber wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen
 16 Ja-Stimmen (13 CDU, 3 FW)
 12 Nein-Stimmen (12 SPD)
 6 Enthaltungen (5 Grüne, 1 FDP)

Anschließend teilt Stadtverordnetenvorsteher Kandel mit, dass im Ältestenrat Einvernehmen bestanden habe, folgende Tagesordnungspunkte in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln:

*Wahl der Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
 STV-DS-Nr. 11/033*

Wahl der Vertreterinnen und Vertreter sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Stadt Pohlheim in die Gremien;

1. *Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hallenbad Pohlheim*
2. *Wahl einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hallenbad Pohlheim*

SV-DS-Nr. 11/034

Unter Berücksichtigung der Aufnahme der Dringlichkeitsanträge ergibt sich folgende Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Niederschrift vom 20. Mai 2011
- TOP 3 Dringlichkeitsantrag der FW-Fraktion betreffs „Altstädter Bach“
- TOP 4 Dringlichkeitsantrag der FW-Fraktion betreffs „Umbau Grüner Salon, Sporthalle Holzheim“
- TOP 5 Bebauungsplan Nr. 11.4 “Oberweg IV“ im Stadtteil Watzenborn-Steinberg;
5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan
5.2 Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
5.3 Satzungsbeschluss gemäß § 81 HBO
STV-DS-Nr. 11/025
- TOP 6 Antrag auf Erstellung eines Bebauungsplanes im Stadtteil Holzheim
STV-DS-Nr. 11/026
- TOP 7 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2011 betr. verkehrsentlastende Maßnahmen für den Stadtteil Watzenborn-Steinberg
STV-DS-Nr. 402 u. 11/032
- TOP 8 Beratung und Beschlussfassung über die 5. Änderung der Hundesteuersatzung
STV-DS-Nr. 11/024
- TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 31.05.2011 betr. Einrichtung eines Marktes in Pohlheim
STV-DS-Nr. 11/029
- TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 20.05.2011 betr. Wiedereinführung der Fraktionszuwendung
STV-DS-Nr. 11/030
- TOP 11 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.05.2011 betr. flächendeckender Breitbandausbau Pohlheim
STV-DS-Nr. 11/031
- TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW, Eingang am 6.06.2011, betr. Fortführung der AG Newsletter
STV-DS-Nr. 11/035
- TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2011 betr. Überarbeitung der Straßenbeitragssatzung
STV-DS-Nr. 11/036
- TOP 14 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 betr. Gerichtsverfahren „Freiwilliger Polizeidienst“
STV-DS-Nr. 11/027

- TOP 15 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 betr. Gerichtsverfahren „2. Kindergartengruppe der Lebenshilfe in Garbenteich“
STV-DS-Nr. 11/028
- TOP 16 Mitteilungen
- TOP 17 Anfragen

Stadtverordnetenvorsteher Kandel berichtet, der Ältestenrat habe zur zügigeren Abwicklung der Tagesordnung folgende Zuordnung festgelegt:

Teil A (Punkte ohne Aussprache): TOP 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12 und 13.

Teil B (Punkte mit Aussprache): TOP 9, 14 und 15.

TOP 2 Feststellung der Niederschrift vom 20. Mai 2011

Gegen die Niederschrift vom 20. Mai 2011 bestehen keine Einwände. Sie gilt somit als festgestellt.

Stv Gimbel ist im Sitzungssaal anwesend.

TOP 3 Dringlichkeitsantrag der FW-Fraktion betreffs „Altstädter Bach“

StV Seidler begründet den Antrag.

Bürgermeister Schäfer teilt mit, dass er die im Antrag enthaltenen Fragen beantwortet, sofern der Tagesordnungspunkt damit Erledigung erfahre. Seitens der FW-Fraktion wird dieser Verfahrensweise zugestimmt.

Bürgermeister Schäfer beantwortet die Fragen wie folgt:

- zu 1: Das Entfernen des Bestandes wurde vom Umweltberater der Stadt Pohlheim in enger Abstimmung mit dem ehemaligen Nutzer der Fläche in die Wege geleitet.
- zu 2: Die Verhandlungen mit dem bisherigen Nutzer wurden von den zuständigen Sachbearbeitern und dem Umweltberater geführt.
- zu 3: Die Entfernung des Bestandes vor Reife der Feldfrüchte wurde bei den Verhandlungen mehrfach besprochen und zuletzt bei einem Ortstermin mit dem Pächter und Nutzer letztmalig besprochen. Seitens der Verwaltung wurde vereinbart, dass die Umsetzung erst beginnt, wenn der neue Pachtvertrag für die Restfläche verhandelt und unterzeichnet ist. Diese Zusage wurde eingehalten.
- zu 4: Der Nutzer wurde nicht unter Druck gesetzt.
- zu 5: Die Maßnahmen werden zur Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Ausgleichsmaßnahmen benötigt (u.a. REWE Markt in Garbenteich) und sind von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
- zu 6: Die Maßnahme steht in enger Abstimmung mit der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen Renaturierung Altstädter Bach.
- zu 7: Unklar ist, worauf sich die Frage bezieht. Es gab keine anderen Gründe, den Bestand zu entfernen als die Umsetzung der gesetzlich vorge-

schriebenen Ausgleichsmaßnahmen. Der Bestand ist nicht zur „Unzeit“ entfernt worden. Die Entfernung des Bestandes erfolgte nach eingehender Beratung durch einen in Pohlheim ansässigen Landwirt nach dem Schub der Ähren und wurde vor dem Hintergrund des durch die Trockenheit bedingten Grasmangels als Grünsilage geerntet.

- zu 8: Die Nutzung des Bestandes als Grünsilage stellt eine Form der „normalen“ Ernte dar.
- zu 9: Die Begründung zur Notwendigkeit der Umsetzung der Maßnahme zum derzeitigen Zeitpunkt erfolgte durch den Umweltberater in enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden der örtlichen NABU-Gruppe.

Auf die Nachfrage, ob in den nächsten vier Wochen Maßnahmen auf dem betreffenden Grundstück durchgeführt würden, erklärt Bürgermeister Schäfer, die Antwort zu Protokoll nachzureichen.

Antwort: Die betreffende Fläche ist nunmehr mit heimischem Saatgut zur extensiven Nutzung versehen. Eine frühere Einsaat war bereits geplant, konnte aber aufgrund der anhaltenden Trockenheit nicht durchgeführt werden.

TOP 4 Dringlichkeitsantrag der FW-Fraktion betreffs „Umbau Grüner Salon, Sporthalle Holzheim“

StV Sommer begründet den Antrag.

Bürgermeister Schäfer teilt mit, dass er die im Antrag enthaltenen Fragen beantwortet, sofern der Tagesordnungspunkt damit Erledigung erfahre. Seitens der FW-Fraktion wird dieser Verfahrensweise zugestimmt.

Bürgermeister Schäfer beantwortet die Fragen wie folgt:

- zu 1: Bei geschlossener Tür besteht zwischen Grüner Salon und Spielfeld keine Sichtverbindung. Die HSG Pohlheim plant, dies zu ändern. Es ist angedacht, die Kalksandsteinwand sowie die doppelflügelige Holztür zwischen dem vorhandenen Unterzug und den seitlichen Stützen abzubauen. Hier soll eine Fensterfront eingebaut werden. Des Weiteren soll die vorhandene Holztür im Thekenbereich gegen eine Glastür ausgetauscht werden.
- zu 2: Nach Auskunft der HSG Pohlheim soll die Finanzierung durch Sponsoring und Eigenleistung erfolgen.
- zu 3: Die angesprochenen Räumlichkeiten sind mehr als renovierungsbedürftig. Durch die Zusage der HSG Pohlheim, die Räumlichkeiten in Eigenleistung zu renovieren, können diese Kosten bei der Stadt eingespart werden. Durch das Einbauen einer hochwertigen Glasfront und Tür erhält das Gebäude eine zusätzliche Aufwertung.
- zu 4 u. 5: Die Nutzung des Grünen Salons war in den letzten Jahren sehr gering. In der Räumlichkeit fanden in 2010 lediglich sieben Geburtstagsfeiern (meist Jugendliche) statt. Für eine lukrativere Vermietung müssten die Räumlichkeiten für Privatfeiern einschließlich des Küchen- und Thekenbereiches renoviert werden. Ein Bedarf an Vermietungen besteht nicht mehr, da andere attraktive Räumlichkeiten (z.B. Kulturelle Mitte) zur Verfügung stehen.
- Die Räumlichkeiten werden bei Großveranstaltungen in der Halle weiterhin (z.B. Fußball-, Tennis- und Tischtennisturniere sowie Kleintierausstellungen) zur Verfügung stehen.

zu 6: Die Funktion der Küche und Theke bleibt gewährleistet. Renovierungen durch die HSG Pohlheim sind nach Absprache mit der Verwaltung möglich.

Abschließend erläutert Bürgermeister Schäfer auf die Nachfrage des StV Sommer, dass der Ortsbeirat laut HGO lediglich bei wesentlichen Angelegenheiten eines Stadtteils zu hören sei.

**TOP 5 Bebauungsplan Nr. 11.4 "Oberweg IV" im Stadtteil Watzenborn-Steinberg;
5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise
 zum Entwurfsplan
5.2 Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
5.3 Satzungsbeschluss gemäß § 81 HBO
STV-DS-Nr. 11/025**

StV Sanchez Miguel berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachfolgende Beschlüsse:

5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, über die Anregungen und Hinweise zum Entwurfsplan gemäß der als Anlage 1 beigefügten, auf der rechten Seite markierten Beschlussempfehlungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

5.2 Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den unter Beachtung der zu 1. gefassten Beschlüsse, überarbeiteten Bebauungsplan Nr. 11.4 „Oberweg IV“ im Stadtteil Watzenborn-Steinberg (bestehend aus einer Planzeichnung und textlichen Festsetzungen), gem. § 10 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619), in Verbindung mit § 51 Ziffer 6 der HGO in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24.03.2010 (GVBl. I S. 119) mit Begründung als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

5.3 Satzungsbeschluss gem. § 81 HBO

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 9 Abs. 4 des BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12.04.2011 (BGBl. I S. 619), in Verbindung mit § 5 der HGO in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I, S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24.03.2010 (GVBl. I S. 119) und § 81 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 5 der HBO in der Fassung vom 15.01.2011 (GVBl. I S. 46, 180) die in dem Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**TOP 6 Antrag auf Erstellung eines Bebauungsplanes im Stadtteil Holzheim
STV-DS-Nr. 11/026**

StV Sanchez Miguel berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachfolgenden Beschluss:
Für den Bebauungsplan Nr. 8 „Beune“ ist das Beteiligungsverfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**TOP 7 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom
24.02.2011 betr. verkehrsentlastende Maßnahmen für den Stadtteil Watzen-
born-Steinberg
STV-DS-Nr. 402 u. 11/032**

StV Sanchez Miguel berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachfolgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt die von der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Verkehrsentlastung im Stadtteil Watzenborn-Steinberg“ mitgeteilten Lösungsvorschläge und deren Umsetzung im BSU darzustellen.

1. Für jeden Vorschlag ist die dezidierte Prüfung der Umsetzbarkeit des gesamten Vorschlags bzw. die Möglichkeit einer Teilumsetzung darzustellen.
Für jeden der Vorschläge ist darzulegen, welche Belastung in den betroffenen Straßen eintritt und inwieweit dort die Mobilität von Fußgängern eingeschränkt wird.
Für die Gesamtheit der umsetzbaren Vorschläge ist der Grad der Entlastung der Hauptstraßen in Art und Umfang zu qualifizieren.
2. Gleichzeitig ist dem Ausschuss zu erläutern, nach welchen gesetzlichen oder verkehrlichen Aspekten eine Umsetzung bzw. Teilumsetzung nicht erfolgen kann.
3. Dem Ausschuss sind neben den Prüfungskriterien der Verwaltung auch die Stellungnahmen des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen und der Verkehrskommission mitzuteilen.
4. Sollte keine Stellungnahme des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen und der Verkehrskommission vorliegen, ist dem Ausschuss mitzuteilen, warum von diesen Stellen keine Stellungnahme eingeholt wurde.
5. Der Magistrat wird gebeten zu erläutern, welche Maßnahmen einer kleinteiligen Verkehrsentlastung für den Stadtteil Watzenborn-Steinberg aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2010 untersucht worden sind, die nicht Gegenstand der Vorschläge der interfraktionellen Arbeitsgruppe waren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**TOP 8 Beratung und Beschlussfassung über die 5. Änderung der Hundesteuersatzung
STV-DS-Nr. 11/024**

StV Lemcke berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 2 zur Niederschrift beigefügte 5. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Pohlheim.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 31.05.2011 betr. Einrichtung eines Marktes in Pohlheim
STV-DS-Nr. 11/029**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim beschließt, einen Markt in Pohlheim einzuführen. Der Markt soll an zentraler Stelle in Pohlheim (z. B. Parkplatz hinter der Limeshalle in Grüningen) eingerichtet und entweder wöchentlich oder zweiwöchentlich durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sind die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, sowie mögliche Beschicker (direktvermarktende Landwirte, bisher bekannte Marktbeschicker und die einschlägigen Gewerbetreibenden in Pohlheim) anzuschreiben und ihr Interesse daran zu eruieren. Ebenso ist die Absicht durch geeignete Hinweise in den Pohlheimer Nachrichten öffentlich zu machen. Der Markttag soll nicht mit dem Markttagen in Gießen in Konkurrenz treten“.

StV Philipp begründet den Antrag.

StV Sommer bittet um Ergänzung des Wortlautes des Antrages wie folgt:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim beschließt, einen Markt in Pohlheim einzuführen. Der Markt soll an zentraler Stelle in Pohlheim (z. B. Parkplatz hinter der Limeshalle in Grüningen) eingerichtet und entweder wöchentlich oder zweiwöchentlich durchgeführt werden. Zu diesem Zweck sind die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, sowie mögliche Beschicker (direktvermarktende Landwirte, bisher bekannte Marktbeschicker und einschlägigen Gewerbetreibenden in Pohlheim) anzuschreiben und ihr Interesse daran zu eruieren. Ebenso ist die Absicht durch geeignete Hinweise in den Pohlheimer Nachrichten öffentlich zu machen. Der Markttag soll nicht mit dem Markttagen in Gießen in Konkurrenz treten.

Die Liste der angeschriebenen Unternehmen und Personen ist den Fraktionsvorsitzenden schnellstmöglich zu übersenden, um diesen Ergänzungswünsche oder eigenständige Akquirierungen potenzieller Beschicker zu ermöglichen.

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten StVV detailliert und insbesondere unter Mitteilung der Hinderungsgründe avisierte Beschicker über die erzielten Ergebnisse zu berichten.“

StV Lemcke berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Nach ausführlicher Diskussion wird über den Antrag in der ergänzten Fassung wie folgt angestimmt:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 20.05.2011 betr. Wiedereinführung der Fraktionszuwendung
STV-DS-Nr. 11/030**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 20.5.2011 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wiedereinführung der jährlichen Fraktionszuwendung aus dem städtischen Haushalt an alle in der Pohlheimer Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen in der bis zur Einstellung der Zahlung festgelegten Berechnungsart.

Dazu wird in die Entschädigungssatzung der Stadt Pohlheim folgende Vorschrift an bereiter Stelle aufgenommen:

„FÖRDERUNG DER ARBEIT DER FRAKTIONEN

- (1) Die Stadt Pohlheim gewährt den Fraktionen gemäß § 36a Abs. 4 Hessische Gemeindeordnung Zuschüsse zu ihren sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung (allgemeine Fraktionsförderung). Die Mittel für die allgemeine Fraktionsförderung sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan der Stadt darzustellen.
- (2) Die Höhe der allgemeinen Fraktionsförderung ist abhängig von der Stärke der Fraktion.
Fraktionen erhalten
 - a) einen jährlichen Sockelbetrag in Höhe von 200 €.
 - b) Für jede anrechnungsfähigen Person jährlich 30 €.
- (3) Anrechnungsfähige Personen sind die Stadtverordneten der Fraktion sowie die der Fraktion zuzuordnenden ehrenamtlichen Magistratsmitglieder.

Nach eingehender Beratung bittet StV Hofmann den Wortlaut des Antrages folgt zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wiedereinführung der jährlichen Fraktionszuwendung aus dem städtischen Haushalt an alle in der Pohlheimer Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen in der bis zur Einstellung der Zahlung festgelegten Berechnungsart.

Dazu wird in die Entschädigungssatzung der Stadt Pohlheim folgende Vorschrift an bereiter Stelle aufgenommen:

„FÖRDERUNG DER ARBEIT DER FRAKTIONEN

- (1) Die Stadt Pohlheim gewährt den Fraktionen gemäß § 36a Abs. 4 Hessische Gemeindeordnung Zuschüsse zu ihren sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung (allgemeine Fraktionsförderung). Die Mittel für die allgemeine Fraktionsförderung sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan der Stadt darzustellen.
- (2) Die Höhe der allgemeinen Fraktionsförderung ist abhängig von der Stärke der Fraktion.
Fraktionen erhalten

- a) einen jährlichen Sockelbetrag in Höhe von 200 €.
 - b) Für jede anrechnungsfähigen Person jährlich 35 €.
- (3) Anrechnungsfähige Personen sind die Stadtverordneten der Fraktion.

Über den geänderten Wortlaut wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit beschlossen
34 Ja-Stimmen (13 CDU, 13 SPD, 5 Grüne, 3 FW)
1 Nein-Stimme (1 FDP)

Es folgt eine Sitzungspause von 21:00 Uhr bis 21:20 Uhr. Danach wird die Sitzung wie folgt fortgesetzt:

Vor Behandlung des nächsten TOP nimmt Stadtverordnetenvorsteher Kandel die Gelegenheit wahr und gratuliert den StV Samun Bulut, Geronimo Sanchez Miguel, Fabian Schäfer, Jutta Boos und Ulrich Engel nachträglich zum Geburtstag.

**TOP 11 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.05.2011 betr. flächendeckender Breitbandausbau Pohlheim
STV-DS-Nr. 11/031**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.05.2011 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Pohlheim setzt sich in Fortführung der Breitbandstrategie des Landes Hessen und der Bundesregierung zum Ziel, dass bis 2015 alle Pohlheimer Haushalte Internetverbindungen nutzen können, die Übertragungsraten von 50 Mbits/s und mehr anbieten.

Sofern hierzu ein finanzieller Beitrag seitens der Stadt Pohlheim zu leisten ist - wie zum Beispiel bei den nicht-rentierlichen Kosten der Ausbaumaßnahmen der Breitband Gießen GmbH -, so wird die Stadt Pohlheim grundsätzlich diese Mittel bereitstellen.

Der Magistrat wird gebeten, weiterhin geeignete Vorkehrungen insbesondere zur kabelgebundenen Anbindung zu treffen (u.a. Leerrohr-Kataster, Sicherstellung der Leerrohr-Verlegung bei Tief- und Straßenbau sowie im Rahmen der Verkehrsinfrastrukturförderung und des Landesstraßenbauprogramms) aber auch mögliche (Mobil-)Funklösungen zu unterstützen.“

StV Tamme begründet den Antrag.

Nach eingehender Beratung und einem von Bürgermeister Schäfer erteilten Sachstandsbericht lässt Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

**TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW, Eingang am 06.06.2011, betr. Fortführung der AG Newsletter
STV-DS-Nr. 11/035**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vor:

„Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Weiterverfolgung der Verbesserung des Pohlheimer Internet, Anlegung eines öffentlichen Protokollarchivs sowie einer geschützten Seite für Anträge im Geschäftsgang

1. Die Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Internetseite Pohlheims soll erneut als Untergruppe des SKS eingerichtet werden. Ihr Arbeitsauftrag ergibt sich aus der seinerzeitigen Begründung für ihre Einrichtung.
2. Ein öffentliches Onlinearchiv auf der Internetseite der Stadt Pohlheim ist einzurichten, um Protokolle der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse für Stadtverordnete/Ausschussmitglieder oder Bürger jederzeit zugänglich zu machen. Protokolle der Vergangenheit sollen vervollständigend aufgenommen werden, sofern sie digital vorliegen.
3. Für im Geschäftsgang befindlicher Anträge und noch nicht genehmigte Protokolle ist eine passwortgeschützte FTP Seite anzulegen. Auf diese sollen die Stadtverordneten und der Magistrat Zugang erhalten. Diese Seite soll Leserechte beinhalten. Sofern Anträge während der Beratung verändert werden, ist auf dieser Seite der ursprüngliche Antrag sowie die Änderungsfassungen und gegebenenfalls Alternativen vollständig abzulegen. Die Parteien im Parlament werden gebeten, Anträge zukünftig immer auch digital verfasst einzureichen, um der Verwaltung die Arbeit zu erleichtern.“

StV Sommer begründet den Antrag.

Seitens der CDU-Fraktion stellt StV Jung folgenden Ergänzungsantrag:

„Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Weiterverfolgung der Verbesserung des Pohlheimer Internet, Anlegung eines öffentlichen Protokollarchivs sowie einer geschützten Seite für Anträge im Geschäftsgang

1. Die Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Internetseite Pohlheims soll erneut eingerichtet werden. Ihr Arbeitsauftrag ergibt sich aus der seinerzeitigen Begründung für ihre Einrichtung.
2. Ein öffentliches Onlinearchiv auf der Internetseite der Stadt Pohlheim ist einzurichten, um Protokolle der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse für Stadtverordnete/Ausschussmitglieder oder Bürger jederzeit zugänglich zu machen. Protokolle der Vergangenheit sollen vervollständigend aufgenommen werden, sofern sie digital vorliegen.
3. Für im Geschäftsgang befindlicher Anträge und noch nicht genehmigte Protokolle ist eine passwortgeschützte FTP Seite anzulegen. Auf diese sollen die Stadtverordneten und der Magistrat Zugang erhalten. Diese Seite soll Leserechte beinhalten. Sofern Anträge während der Beratung verändert werden, ist auf dieser Seite der ursprüngliche Antrag sowie die Änderungsfassungen und gegebenenfalls Alternativen vollständig abzulegen. Die Parteien im Parlament werden gebeten, Anträge zukünftig immer auch digital verfasst einzureichen, um der Verwaltung die Arbeit zu erleichtern.
4. Der Magistrat wird veranlassen, dass in der neuen Legislaturperiode allen Stadtverordneten zusätzlich zur Papierform alle Protokolle der Stadtverordnetensitzungen und Ausschusssitzungen zugesandt werden. Die Drucksachen

sind den Stadtverordneten ebenfalls neben der Papierform per E-Mail zu übermitteln. Bis zur Gründung einer Einrichtung eines Archivs auf der städtischen Homepage sollen sämtliche Unterlagen der Stadtverordneten schon jetzt in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden.“

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über den geänderten Antrag wie folgt abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

Die Fraktionen benennen folgende Personen für die Arbeitsgruppe:
StV Michael Wagner (CDU), StV Dominic Tamm (SPD), StR Reimar Stenzel (Grüne) und StV Klaus Sommer (FW).

TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2011 betr. Überarbeitung der Straßenbeitragssatzung STV-DS-Nr. 11/036

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der CDU Fraktion vom 03.06.2011 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt rechtzeitig vor der anstehenden Novellierung des Hessischen Kommunalabgabengesetzes (KAG) eine Satzung zur Erhebung so genannter „wiederkehrender Straßenausbaubeiträge“ (jährliche Beiträge) für die Sanierung von Straßen vorzubereiten und in den Ausschüssen (BSU und HFA) die Auswirkungen einer Umstellung vorzustellen.“

StV Leidich begründet den Antrag und bittet um Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

StV Leidich nimmt Bezug auf die anschließende Beratung der Tagesordnungspunkte 14 und 15 und der in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Frage, ob der StV Schäfer aufgrund des § 25 HGO an der Teilnahme wegen Vorliegens eines Interessenwiderstreites gehindert sei und bittet den Stadtverordnetenvorsteher eine in dieser Sache vorliegende Stellungnahme der Kommunalaufsicht vom heutigen Tage zu verlesen.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel verliest die als Anlage 3 zur Niederschrift beigefügten Stellungnahme.

Auf Nachfrage des StV Leidich erklärt Stadtverordnetenvorsteher Kandel, dass er in dieser Angelegenheit vor zwei Wochen auf telefonische Anfrage von einem Sachbearbeiter der Kommunalaufsicht folgende Auskunft erhalten habe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher Kandel, selbstverständlich ist Herr Fabian Schäfer als Sohn des Bürgermeisters nach § 25 HGO betroffen. Wie wollen wir die HGO auslegen, wenn das nicht § 25 ist?“

Zur Rechtssicherheit habe er (Stadtverordnetenvorsteher) eine schriftliche Stellungnahme angefordert.

Auf Antrag des StV Leidich unterbricht Stadtverordnetenvorsteher Kandel um 22:15 Uhr für fünf Minuten die Sitzung.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Philipp übernimmt um 22:20 Uhr die Sitzungsleitung. Er teilt mit, dass die Fraktionen CDU und FW den für heute Sitzungsort verlassen hätten, der Stadtverordnetenvorsteher ihm die Sitzungsleitung übertragen habe und ruft TOP 14 zur weiteren Beratung und Beschlussfassung auf.

TOP 14 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 betr. Gerichtsverfahren „Freiwilliger Polizeidienst“ STV-DS-Nr. 11/027

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, gegenüber dem Verwaltungsgericht die Klage sowie den Eilantrag in Sachen Freiwilligen Polizeidienstes zurückzuziehen.“

Stadtverordneter Biadala begründet den Antrag.

Nach eingehender Beratung stellt stellv. Stadtverordnetenvorsteher Philipp folgenden Antrag zur Abstimmung:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, gegenüber dem Verwaltungsgericht Gießen den den Streitgegenstand betreffenden Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung und die Klagen zurückzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

TOP 15 Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 betr. Gerichtsverfahren „2. Kindergartengruppe der Lebenshilfe in Garbenteich“ STV-DS-Nr. 11/028

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, gegenüber dem Verwaltungsgericht das Ruhen der Verfahren betreffs Einrichtung der zweiten Gruppe und Zuschuss zum Betrieb derselben zu beantragen.“

Stadtverordneter Biadala begründet den Antrag.

Nach eingehender Beratung stellt stellv. Stadtverordnetenvorsteher Philipp folgenden Antrag zur Abstimmung:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, gegenüber dem Verwaltungsgericht Gießen zu beantragen, die den Streitgegenstand betreffenden Verfahren ruhen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen
18 Ja-Stimmen (13 SPD, 5 Grüne)
1 Enthaltung (1 FDP)

Bürgermeister Schäfer teilt mit, dass er über die kurzfristige Anberaumung eines Erörterungstermins in den Angelegenheiten der Gerichtsverfahren Kenntnis erlangt habe.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach eingehender Beratung auf Antrag des StV Stoffer folgenden Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Stadtverordnetenvorsteher zu beauftragen, den beim Verwaltungsgericht Gießen anberaumten Erörterungstermin abzusagen.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen

StR Peter verlässt den Sitzungssaal.

TOP 16 Mitteilungen

TOP 16.1 Mitteilung 1

Bürgermeister Schäfer teilt mit, dass die für 22. Juni 2011 anberaumte Sitzung der Fraktionsvorsitzenden des Teilraumes Gießen Süd Plus ausfalle. Ein neuer Termin werde nach der Sommerpause stattfinden.

TOP 16.2 Mitteilung 2

Bürgermeister Schäfer beantwortet die Anfrage der StV Hofmann vom 20. Mai 2011, TOP 16.4 betr. Besuch von Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen außerhalb der Stadt Pohlheim.

TOP 16.3 Mitteilung

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf die Anfragen des StV Sommer betr. Bereitstellung eines genehmigten Haushaltes und Nachtragshaushalts für die Mandatsträger und teilt mit, dass diese in der heutigen Sitzung verteilt würden. Zudem stünden die Daten im Intranet der Stadt Pohlheim zur Verfügung. Den erforderlichen Zugangsdaten können in der Verwaltung bei Herrn Nowak erfragt werden. Ebenfalls im Intranet sei die HGO und die GemHVO-Doppik veröffentlicht.

TOP 16.4 Mitteilung

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf die Anfrage der CDU-Fraktion betr. Sachstand noch offener CDU-Anträge und beantwortet diese.

TOP 16.5 Mitteilung

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion betr. Sachstand „Trauerhalle Grüningen“ und beantwortet diese.

TOP 17 Anfragen

Keine.

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Philipp wünscht allen Anwesenden eine erholsame Sommerzeit und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende



Kandel
Stadtverordnetenvorsteher
(bis TOP 13)



Philipp
Stellv. Stadtverordnetenvorst.
(ab TOP 14)

Der Schriftführer



Nowak

Anlagen

Ausschnitte angefertigt am:
Kopiert und verteilt am:
Festgestellt am:

Anlage 3 zur Niederschrift über die Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 17.06.2011

20/06/2011 12:48

+49-641-9399600

AFB MR GIESSEN

+49 641 93902209

S. 01/02
5.01/02

Landkreis
Gießen



Der Landrat
Allgemeine Landesverwaltung

Die Landrätin des Landkreises Gießen, Postfach 11 07 80, 35362 Gießen

Per Fax an 0641/ 9399600

Herrn
Ernst Jakob Kandel

Aufsichts- und Ordnungswesen (FD 30)
Sachbearbeiter: Herr Happel
Telefon: 0641 9390-2212
Telefax: 0641 9390-2209
E-Mail: ingo.happel@lkgf.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen
30/001-00/14

Datum
17. Juni 2011

**Widerstreit der Interessen gemäß § 25 der Hessischen Gemeindeordnung
hier: Beschlussfassungen im Rahmen von Organstreitverfahren**

Sehr geehrter Herr Kandel,

zu Ihrer telefonischen Anfrage, ob der Sohn des Bürgermeisters der Stadt Pohlheim als Stadtverordneter an der Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim im Rahmen von Organstreitverfahren wegen des Vorliegens eines Interessenwiderstreites gehindert ist, darf ich Ihnen folgendes mitteilen:

Gemäß § 25 Abs. 1 Ziffer 2 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) darf niemand in haupt- oder ehrenamtlicher Tätigkeit in einer Angelegenheit beratend oder entscheidend mitwirken, wenn er Angehöriger einer Person ist, die in der Angelegenheit einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil erlangen kann. Angehörige im Sinne dieser Vorschrift sind gemäß § 25 Abs. 5 Ziffer 3 HGO i. V. m. § 1589 BGB Verwandte gerader Linie (Kinder).

Diese gesetzlichen Voraussetzungen sind im vorliegenden Falle jedoch nicht erfüllt. Zwar handelt es sich bei dem in Rede stehenden Stadtverordneten um den Sohn des Bürgermeisters und damit um einen Verwandten in gerader Linie, unmittelbare persönliche Vor- oder Nachteile können jedoch durch die anstehenden Entscheidungen für den Bürgermeister der Stadt Pohlheim nicht entstehen.

Gemäß § 63 Abs. 2 Satz 4 HGO haben Gemeindevertretung und Bürgermeister in einem Organstreitverfahren die Stellung von Verfahrensbeteiligten, denen es möglich sein muss, an allen Verfahrenshandlungen teilnehmen zu können. Im Übrigen handelt es sich bei den Entscheidungen des Bürgermeisters, rechtsverletzende Beschlüsse der kommunalen Organe zu beanstanden, um sogenannte „gebundene“ Entscheidungen.

.../2

Der Landrat des
Landkreises Gießen
Postfach 11 07 80
35362 Gießen

Telefon: (06 41) 93 90-0
Fax: (06 41) 3 34 48
E-Mail: info@lkgf.de
Internet: http://www.lkgf.de

Konten der Kreiskasse Gießen:
Sparkasse Gießen, Nr. 200 503 387 (BLZ 513 500 25)
Volksbank Gießen, Nr. 1068.01 (BLZ 513 800 00)
Postbank Frankfurt a. M., Nr. 528 78-001 (BLZ 500 100 60)

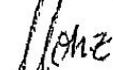
Informationen zu unseren Öffnungszeiten erhalten Sie von
unserem Service-Punkt, Telefon (06 41) 93 90-7 14
Nutzen Sie die Vorteile des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Konten der Stadtkasse Gießen:
Landeszentralbank Gießen, Nr. 81 301 501 (BLZ 513 000 00)

- 2 -

Der Bürgermeister ist hier zur Rechtskontrolle verpflichtet, so dass diesem kein Raum für Ermessenentscheidungen verbleibt. In Literatur und Rechtsprechung wird darüber hinaus auch die Auffassung vertreten, dass selbst Mitglieder des Magistrates, für die ein Interessenwiderstreit im Sinne des § 25 HGO vorliegt, nicht von der Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung im Rahmen von Widerspruchs- und Beanstandungsverfahren gehindert sind, da es sich auch hierbei um gebundene Entscheidungen handelt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Monz